

FINANZKRISE

Staatsbanken zahlen üppige Boni



Zentrale der Commerzbank
in Frankfurt am Main

Die vier Banken, die vom Bund in der Krise gerettet wurden, unterlaufen die Vorgaben der Bundesregierung zur Kappung der Vorstandsgehälter. Insgesamt 68 Manager in Banken, die mit Mitteln des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Soffin) gestützt

wurden, verdienen mehr als eine halbe Million Euro im Jahr. Das geht aus einer internen Aufstellung des Soffin hervor. Danach beschäftigt die Commerzbank allein 35 Banker mit einem Jahresgehalt von über 500 000 Euro. In 33 Fällen handelt es sich dabei um „Spezialisten an

den Standorten Frankfurt, London und New York“. In keinem Fall werde aber ein Gehalt von einer Million Euro erreicht. Auch die kriselnde WestLB zahlt weiter üppige Gehälter. Insgesamt 24 Angestellte, davon 8 in Deutschland, übersteigen die Gehaltsvorgabe des Soffin. Beim Immobilienfinanzierer Aareal Bank liegen die Gehälter von sieben Angestellten über der 500 000-Euro-Marke. Selbst bei der zwangsverstaatlichten Hypo Real Estate sind zwei Mitarbeiter betroffen. Die Höhe der Gehälter ist politisch heikel, gesetzlich aber bislang nicht zu beanstanden. Für Vorstandsmitglieder von Banken, denen der Bund zu Hilfe kam, gelten strenge Auflagen – sie dürfen nicht mehr als 500 000 Euro im Jahr verdienen. Die entsprechende Regelung des Soffin gilt jedoch nicht für die Mitglieder der zweiten Führungsebene. Der großzügige Umgang mit Boni und Gehältern ruft die Politik auf den Plan. Im Restrukturierungsgesetz für Banken, das dem Soffin Anfang 2011 neue Aufgaben zuweist, will die Regierung die Boni-Zahlungen in staatlich gestützten Banken begrenzen. Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) hat noch weitergehende Vorstellungen. Zumindest bei der HRE will er die Boni-Auszahlung auch rückwirkend stoppen. „Wenn Mitarbeiter der HRE, die mit dem Geld der Steuerzahler am Leben erhalten wird, mit Erfolg auf die Einhaltung von Bonus-Regelungen klagen, muss der Staat sich wehren können“, sagt Kauder. „Wenn sie auf ihre variablen Lohnbestandteile nicht verzichten, müssen wir mit Änderungskündigungen dagegen vorgehen.“

AUSSENPOLITIK

Schwieriger Besuch

Syriens Präsident Assad soll zum Staatsbesuch nach Berlin kommen. „Wir möchten das Land aus der Schmutzdecke holen, in die es sich selbst unglücklich hineinmanövriert hat“, sagt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Ruprecht Polenz. Er hatte bei seiner jüngsten Nahost-Reise auch mit dem syrischen Präsidenten gesprochen. US-Präsident George W. Bush hatte Syrien auf seine Liste der „Schurkenstaaten“ gesetzt. Wegen seiner Unterstützung der radikalen Gruppen Hamas und Hisbollah steht Assad ebenso in der internationalen Kritik wie mit der Nähe zum iranischen Amtskollegen und Holocaust-Leugner Mahmud Ahmadinedschad. Humanitäre Organisationen kritisieren zudem massive Menschenrechtsverletzungen. Ganz ohne Bedingungen will Berlin deshalb den roten Teppich nicht ausrollen: Assad müsste schon eine handfeste Absichtserklärung im Gepäck haben, auf die Führer der Hamas und Hisbollah einzuwirken, so dass diese sich endlich auch am Friedensprozess beteiligen.



Assad, Ahmadinedschad